

Hat Österreich eine Vision für 2030?

Mit dem Beschluss der Agenda 2030 und der SDGs zeigt die internationale Gemeinschaft, dass sie zentrale globale Herausforderungen erkannt hat und dass es gemeinsame, umfassende und ambitionierte Lösungsansätze braucht. Die konkrete Umsetzung stellt die Staaten vor große Herausforderungen. VON JAKOB MUSSIL *

KURZGEFASST

Die Umsetzung der SDGs erfordert ein Zusammendenken verschiedener Politikbereiche, sowohl auf globaler als auch auf lokaler Ebene. Konkrete Maßnahmen, politische Verantwortung und eine übergeordnete Strategie sind gefragt.

Während es vielen Menschen heute deutlich besser geht als noch vor wenigen Jahrzehnten, sind Armut, steigende Ungleichheit und die zunehmende Zerstörung des Planeten sowohl in Österreich als auch auf globaler Ebene enorme Herausforderungen. Der derzeitige Kurs, auf dem wir uns als globale Gesellschaft befinden, ist nicht zukunftsfähig. Um diesen Kurs zu korrigieren sind entscheidende Weichenstellungen im Sinne einer sozialen, ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit nötig. Über drei Jahre haben alle UN-Mitgliedstaaten diskutiert und verhandelt, welche Herausforderungen es in den kommenden 15 Jahren gemeinsam zu bewältigen gilt, um ein gutes Leben für alle Menschen, einschließlich der zukünftigen Generationen, zu ermöglichen. Die Dringlichkeit wurde scheinbar erkannt, denn im September 2015 beschlossen alle 193 UN-Mitgliedstaaten ein Abschlussdokument mit dem deutlichen Titel „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“. Darin werden nicht nur die SDGs und ihre Unterziele

aufgelistet, es erklären auch alle Staaten ihre Entschlossenheit, „die kühnen und transformativen Schritte zu unternehmen, die dringend notwendig sind, um die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit und der Widerstandsfähigkeit zu bringen“. Gleich zu Beginn des beschlossenen Textes heißt es: „Diese Agenda ist ein Aktionsplan für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand“. Sie soll den universellen Frieden fördern, Ungleichheiten reduzieren und die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit bringen. Die neue Agenda umfasst eine Vielzahl von Themenbereichen, wobei die meisten davon für sich gesehen nichts Neues sind. Mit den SDGs wurden sie aber nun in einen gemeinsamen, umfassenden und ambitionierten Rahmen gegeben, um die bestehenden Zusammenhänge offenzulegen und die Notwendigkeit, neue Wege zu beschreiten, zu verdeutlichen.

Beispielsweise lässt sich der weltweite Hunger nicht bekämpfen, ohne den Klimawandel in den Griff zu bekommen, ebenso muss Armutsbe-



***Mag. Jakob Mussil** ist
entwicklungspolitischer Referent
beim NGO-Dachverband
„AG Globale Verantwortung“.



Abfall im Meer hat globale Auswirkungen.

„ Es existiert ein gemeinsames Problembewusstsein aller Staaten, dass sich auf lokaler und globaler Ebene rasch etwas ändern muss.

kämpfung nachhaltig, und nicht auf Kosten der Umwelt, vorangetrieben werden.

Ein gemeinsamer Rahmen für alle

Produktions- und Konsummuster in Europa haben oft soziale, ökologische und ökonomische Auswirkungen in weit entfernten Erdteilen. Um Ungleichheiten zu verringern braucht es sowohl Maßnahmen auf lokaler Ebene als auch globale, systemische Reformen, wie etwa im Bereich Steuerpolitik. Jedes der 17 Ziele steht also in einer unmittelbaren Wechselwirkung zu anderen Zielen. Handlungsfelder sind nicht abgegrenzt voneinander zu sehen, sondern Auswirkungen auf weitere Politikbereiche, auf andere Staaten sowie auf zukünftige Generationen sind zu berücksichtigen.

Dies zu bewerkstelligen ist eine enorme Herausforderung für die Politik, die meist von Einzelthemen sowie nationalen und kurzfristigen Interessen geprägt ist. Es ist ein systemischer Ansatz notwendig, um die Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Um die Vision der Agenda 2030 zu verwirklichen, müssen Politiker auf allen Ebenen umdenken.

Österreich leistete einen wichtigen Beitrag bei der Erarbeitung der Agenda 2030 und brachte sich sowohl auf UN- als auch auf EU-Ebene in die Verhandlungen ein. Zur UN-Generalversammlung in New York, auf der die Agenda feierlich im September 2015 beschlossen wurde, reisten der Bundespräsident sowie vier MinisterInnen an. Danach war allerdings von der angekündigten „Transformation unserer Welt“ kaum etwas zu bemerken, es wurde weiter „business as usual“ gemacht.

Es gibt keinerlei übergeordnete Strategie, wie die SDGs bis 2030 erreicht werden sollen. Ebenso fehlt Klarheit darüber, welche konkreten, neuen Maßnahmen zur Umsetzung ergriffen werden. In anderen Staaten, wie etwa in Deutschland, wurden die SDGs zur Chefsache erklärt und eine Strategie auf Basis eines öffentlichen Konsultationsprozesses entwickelt. In Österreich beruft man sich auf ein sogenanntes „Mainstreaming“, indem die Bundesregierung alle Ministerien beauftragt „die Prinzipien der Agenda 2030 und ihre nachhaltigen Entwicklungsziele in die relevanten Strategien und Programme einzuarbeiten und gegebenenfalls entsprechende Aktionspläne sowie Maßnahmen zu erstellen“. Die Politik übergibt damit die volle Verantwortung für die Umsetzung der Ziele an die Verwaltung und möchte sich scheinbar nicht weiter mit der Agenda 2030 befassen. Für mutige, neue Wege und Maßnahmen bräuchte es allerdings politischen Willen und entsprechende Führungsverantwortung. Ohne politische Steuerung besteht zudem die Gefahr, dass Wechselwirkungen und potentielle Zielkonflikte kaum adressiert werden. Sichtbar wird dies beispielsweise in einer im März veröffentlichten „Darstellung“ der Beiträge der Bundesministerien. Hier werden einzelne Maßnahmen zu den jeweiligen SDGs beispielhaft dargestellt, die meisten davon gab es allerdings auch schon vor dem Beschluss der Agenda 2030. Eine strukturierte Vorgehensweise, welche alle Ziele und Unterziele adressiert, gibt es scheinbar nicht. Zur Gesamtumsetzung heißt es bloß, die SDGs werden in „effizienter, zielorientierter und eigenverantwortlicher Weise in sämtliche Aktivitäten der österreichischen Politik und Verwaltung integriert“. →

Alle Beiträge der Bundesministerien ...

... zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch Österreich findet man auf „ <http://archiv.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=65724>

Schwerpunkt Sustainable Development Goals

→ Wie eine strukturierte und lückenlose Umsetzung gesichert wird, wer genau wofür zuständig ist, wie man mit Wechselwirkungen umgeht und welche neuen Maßnahmen man in Zukunft setzen wird, bleibt offen. Diese Fragen gilt es aber zu beantworten, um zu zeigen, dass Österreich die Agenda 2030 ernst nimmt.

Österreichs Politiker in Warteposition?

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben sich bereits bei den Verhandlungen der Agenda 2030 eingebracht und sich stets für eine Verknüpfung von sozialen, ökologischen und ökonomischen Aspekten eingesetzt. Deutlich wird dies unter anderem dadurch, dass es vermehrte sektorübergreifende Zusammenarbeit zwischen NGOs gibt. Als Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären NGOs setz-

te sich die AG Globale Verantwortung schon während der Verhandlungsphase für ein umfassendes Rahmenwerk ein, welches ein menschenwürdiges Leben für alle sichern soll. Die AG Globale Verantwortung ist auch Gründungsmitglied der zivilgesellschaftlichen Plattform „SDG Watch Austria“ welche im September 2017, zum zweiten Jahrestag des SDG-Beschlusses, präsentiert wird. Diese hat es sich zum Ziel gesetzt, die Verwirklichung der SDGs durch Österreich, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, voranzutreiben und zu unterstützen. Bereits im Jänner 2017 forderten 144 NGOs in einem gemeinsamen Brief alle Mitglieder der

Bundesregierung auf, die in der Agenda 2030 enthaltenen Visionen als übergeordneten Leitfaden für politisches Handeln in allen Bereichen österreichischer Politik umzusetzen. Es wurde ein rascher Start der Umsetzung gefordert und konstruktive Vorschläge für weitere Schritte gemacht. Demnach sollte mit einer umfassenden Bestandsaufnahme und Lückenanalyse begonnen werden, um festzustellen, wo Österreich bei den einzelnen Zielen und Unterzielen steht und wo es noch weiteren Verbesserungsbedarf gibt. Diese Analyse sollte Grundlage für eine übergeordnete Strategie sein, die politische Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar regelt. Ebenso wie eine themenübergreifende politische Koordinationsstelle werden Transparenz und Partizipation als Notwendigkeiten erachtet – nicht zuletzt weil diese Punkte zentrale Elemente der Agenda 2030 sind. Bisher wurden die Vorschläge nicht berücksichtigt, es bleibt jedoch die Hoffnung, dass eine neue Regierung das Potenzial der SDGs erkennt, eine positive Zukunftsvision forciert und entsprechend langfristige und zukunftsfähige Politik macht. In Zeiten von steigender Unsicherheit und wachsendem Nationalismus zeigt die neue Agenda einen Weg auf, dass ein menschenwürdiges Leben für alle



Eine aktivere Politik ist gefordert.

GLOBALE VERANTWORTUNG

IN EINEM BRIEF AN DIE BUNDESREGIERUNG SCHLUGEN 144 NGOS FOLGENDE SCHRITTE VOR, UM DIE SDGS UMZUSETZEN

- **Hochrangige politische Unterstützung** und klare Zuständigkeiten für die koordinierte Umsetzung der SDGs.
- Umfassende **Bestandsaufnahme** und **Lückenanalyse**.
- Präsentation einer **übergeordneten Strategie** zur Umsetzung der SDGs.
- Strukturierte **Partizipation** aller Stakeholder.
- Transparente **Berichterstattung**.
- **Rascher Start der Umsetzung**, insbesondere in jenen Bereichen, die nicht bereits durch bestehende Prozesse abgedeckt sind.

Globale
Verantwortung

möglich ist, Globalisierung im Sinne aller Menschen gestaltet werden kann, dass wir gemeinsam einen neuen globalen Gesellschaftsvertrag verwirklichen können und dass zukünftige Generationen in einem intakten Ökosystem aufwachsen werden. □

Bis heute gibt es keine Statements von österreichischen SpitzenpolitikerInnen, in denen sie die Verantwortung für die Umsetzung der Ziele übernehmen.

UMWELT & VERKEHR - FAKTEN UND POSITIONEN

Der digitale Newsletter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der Wiener Arbeiterkammer bringt zu aktuellen umwelt- und verkehrspolitischen Themen Fakten und Positionen aus der Perspektive von ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen auf den Punkt.



Kostenlose Bestellung und alle Ausgaben unter:
<http://wien.arbeiterkammer.at/uv-fakten>

Umwelt & Verkehr - Fakten und Positionen erscheint mehrmals jährlich und wird per E-Mail versendet.

INTERVIEW MIT NATIONALRATSABGEORDNETER PETRA „PENNY“ BAYR

DIE PERSPEKTIVE DES GESETZGEBERS

Als developmentpolitische Sprecherin des SP-Klubs im Nationalrat beschäftigt sich **Petra Bayr** mit der Umsetzung der SDGs auf nationaler und internationaler Ebene. Von der österreichischen Regierung wünscht sie sich ein ambitioniertes Vorgehen.

Wie sind Sie mit den SDGs in Berührung gekommen?

Bayr: Ich war als developmentpolitische Sprecherin des SP-Klubs im Parlament schon vor 2015 in die Umsetzung der Millennium Development Goals und die entsprechenden UN-Gremien involviert. Durch die große Offenheit des Prozesses zur Entwicklung der SDGs seitens der Vereinten Nationen war ich auch frühzeitig eingebunden.

Welche Hoffnungen verbinden Sie mit den SDGs?

Bayr: Das große Potenzial der SDGs liegt darin, dass die Agenda aus der developmentpolitischen Diskussion herausgelöst wird. Auch Industrieländer sind dazu aufgerufen, eigene Problemlagen anzugehen, beispielsweise bei der Berücksichtigung von Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum, bei der Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt oder beim Schließen des Gender Pay Gap. Zusätzlich wird der Blick aber auf internationale Solidarität gelenkt, auf die Frage wie man Länder mit weniger Ressourcen unterstützen kann.

Wie beurteilen Sie den bisherigen Umsetzungsprozess?

Bayr: Die Umsetzung in Österreich ist bisher sicher nicht optimal gelaufen. Schon der mit dem Ministerratsbeschluss verfolgte Mainstreamingansatz ist schwer greifbar, im Grunde kann alles und nichts als Beitrag zur Umsetzung der SDGs verstanden werden. Selbst für mich als Parlamentarierin ist schwer zu verfolgen, welche Maßnahmen die Regierung wirklich im Sinne der Umsetzung der

SDGs ergreift. Ich kann nicht sämtliche Aktionspläne, Gesetzesvorhaben etc. auf ihren Beitrag zu den SDGs prüfen. Positiv ist aber hervorzuheben, dass es in Österreich prinzipiell schon viele Initiativen gibt, die im Sinne der SDGs wirken.

Welche Wünsche haben Sie an die zukünftige Regierung?

Bayr: Auf Bundesebene hat zur Einleitung des Umsetzungsprozesses ein zwischen den Ministerien abgestimmtes „Stock Taking“ stattgefunden, dessen Ergebnis allerdings nie publiziert wurde. Das müsste seitens der nächsten Regierung unbedingt nachgeholt werden. Nur auf der Grundlage der identifizierten Lücken können Pläne zur Verbesserung der Zielerreichung erstellt und Verantwortlichkeiten, Ressourcen und Zeitrahmen definiert werden. Darüber hinaus lebt der SDG-Prozess auf UN-Ebene von Beginn an von der umfassenden Einbindung der Zivilgesellschaft. In Österreich wurde das bei der Umsetzung bisher weitgehend ausgeblendet. Auch das Parlament und die Sozialpartner sind in den Prozess nicht systematisch eingebunden, den Kern bildet eine wenig transparente interministerielle Arbeitsgruppe. Zukünftig wäre nicht nur ein offenerer Zugang zum Diskussionsprozess zu gewährleisten; es müsste anstelle von informellen Papieren – wie dem zuletzt veröffentlichten über „Beiträge der Bundesministerien zur Agenda 2030“ – formelle Berichte geben, die dann die Grundlage für die parlamentarische Befassung mit den SDGs in sämtlichen zuständigen Ausschüssen bilden würden.



***Petra Bayr MA, MLS** ist Mitglied des österreichischen Nationalrats, wo sie seit 15 Jahren Vorsitzende des Unterausschusses für Developmentpolitik ist. Sie ist außerdem Mitglied der Ausschüsse für Finanzen, Außenpolitik, Justiz, Menschenrechte, die Volksanwaltschaft sowie Petitionen und BürgerInneninitiativen und ist auch international zu diesen Themen bestens vernetzt.